

Ruhrgebietsdebatte . . .

Fortsetzung von Seite 11

sagte der Politiker. An die Regierungskoalition gewandt, unterstrich er: „Sie sind nicht mit Ihren Ideen konkurrenzlos, sondern zweifellos mit ihren Illusionen.“ Gute Chancen zum Ausbau des Reviers zum modernsten Energiezentrum der Kohle und der Kernkraft Europas seien durch die Entscheidungsabstinenz dieser Landesregierung vertan worden. Zur Problematik des Kraftwerkbaus erklärte der Abgeordnete, wiederum an die Regierungsfractionen gewandt, ihnen gehe die Gabe der Unterscheidung weitgehend ab. Wörtlich stellte er fest: „Sie unterscheiden nicht zwischen heute und morgen. Sie unterscheiden nicht zwischen Grundlast und Spitzenlast. Sie unterscheiden nicht zwischen Wirtschaftlichkeit und Unwirtschaftlichkeit.“ All diese Überlegungen müßten dazugehören. In „einigen wenigen Stichworten“ zu den ungelösten Problemen des Reviers erklärte Rinsche, das Ruhrgebiet sei ein typisches Einwandererland, das wisse die Landesregierung seit mindestens zehn Jahren. „Um so schlimmer wiegt das Versagen dieser Landesregierung bei der nicht erfolgten Integration der ausländischen Arbeitnehmer im Revier“, betonte der Politiker. Hier lägen „gefährliche soziale Zeitbomben“, die nicht nur, aber auch auf die Versäumnisse der Landesregierung zurückzuführen seien, folgerte der Abgeordnete.

Georg Aigner (SPD) räumte ein: „Ich meine, daß zweifellos im Ruhrgebiet Probleme wirtschaftspolitischer und struktureller Art vorhanden sind, die politisches Handeln erforderlich machen.“ Die Menschen im Revier erwarteten auch, daß alle politischen Kräfte im Landtag ihnen bei der Lösung ihrer Probleme hülfe. „Sie wollen kein Wahlgeschrei“, stellte der Abgeordnete fest. Die Menschen im Revier könnten am allerwenigsten dafür, daß Städtelandschaft und -strukturen wie auch Wirtschaftsstrukturen so seien. „Siedlungen sind nun einmal um den Pütt herum entstanden, und Stahlwerke haben nun einmal ihren Standort nach der Energie Kohle allein ausgerichtet und sind ausgeüfert. Da sind Gemengelagen, mit denen wir es heute zu tun haben, die man auch nicht in zehn oder zwanzig Jahren total umkrepeln kann. Das muß man wissen“, betonte Aigner. Es habe allergrößter Anstrengungen der sozialdemokratisch geführten Städte im Ruhrgebiet und dieser Landesregierung bedurft, um das Ruhrgebiet im Infrastrukturbereich zum Beispiel an die Spitze der Bundesrepublik zu bringen. Zum Verkehrsbereich meinte der Politiker, ein in sich geschlossenes Verkehrskonzept gebe es erst, seitdem die sozial-liberale Koalition im Lande die Mehrheit bilde. „Bis dahin sind wir nämlich im Ruhrgebiet mit der Straßenbahn um die Kirche herumgefahren, so, wie die Verkehrsstrukturen gewachsen waren“, sagte Aigner. Zum Ausbau des Wegenetzes im öffentlichen Personenverkehr seien allein im Revier 1,8 Milliarden DM aufgewandt worden, schloß Aigner.

Porträt der Woche

Sie hat sich zu Ämtern nie gedrängt, wenn sie dazu aufgefordert wurde, sich aber auch nicht gescheut, Verantwortung zu tragen. Mit einer Ausnahme: als sie 1972 Bundeswirtschaftsminister als Nachfolgerin des freiwillig ausscheidenden Hans Friderichs werden sollte, winkte sie ab. Dafür haben sie die Liberalen sieben Jahre später als Nachfolgerin von Horst-Ludwig Riemer als Wirtschafts- und Verkehrsminister an Rhein und Ruhr in die Pflicht genommen.

Liselotte Funcke, die noch einen Monat vorher als Herausgeber der Bonner Texte „Frauen sprechen im Bundestag“ herausfordernd geschrieben hatte: „Wenn irgendwo eine Stelle zu besetzen ist, fallen Männern immer nur Männer ein!“, fing sich in ihrer eigenen Falle. Es waren die liberalen Spitzenmänner, wie der Parteivorsitzende Hans Dietrich Genscher und andere, denen in höchster Not die einzige Frau in der Führungscrew der Partei als Lösung einfiel. Sie, die während dieser Entscheidung nicht zugegen sein konnte, weil sie als Vizepräsidentin eine Bundestagsdebatte zu leiten hatte, fügte sich der „Düsseldorfer Order“. Auf dem Höhepunkt ihrer Bonner Karriere: Vizepräsidentin des Bundestages, Vorsitzende des Finanzausschusses, einem der wichtigsten Parlamentsausschüsse, und stellvertretende F.D.P.-Bundesvorsitzende, trat sie ab, um als Wirtschafts- und Verkehrsminister in Düsseldorf, als stellvertretende Landesvorsitzende und als Spitzenkandidatin der Liberalen für die Landtagswahlen gleich drei schwere und undankbare Aufgaben zu übernehmen.

Im nordrhein-westfälischen Landeskabinett ist sie mit dem Justizminister, Frau Inge Donnepp, nicht nur Mitrepräsentantin einer weiblichen Mehrheit unter den Wahlbürgern, sondern auch liberaler Part in Johannes Raus rheinisch-westfälischem Symphonie-Orchester, wie die Landesregierung von Parlamentariern gelegentlich augenzwinkernd genannt wird.

Wenn Liselotte Funcke spricht, sei es im Parlament oder in Parteiversammlungen, reißt sie ihre Zuhörer nicht vom Stuhl, doch hat sie auch gar keine Ambitionen, ein weiblicher Volkstribun zu sein. Sie vertraut auf ihre Argumente, auf die Kunst des Überzeugen-Könnens. Elf Jahre parlamentarischer Erfahrung im Düsseldorfer Landtag und 18 Jahre im Bonner Bundestag fallen schon in die Waage, wenn es ums Argumentieren geht. Die Politikerin Funcke ist aber nicht nur in der Finanz- und Steuerpolitik zu Hause, sondern auch in der Bildungspolitik, in der sie noch zu Christine Teuschs Zeiten mit der streitbaren Mini-



Liselotte Funcke

sterin rhetorische Klingen zu kreuzen verstand. Auch für die praktische Gleichberechtigung der Frau hat sie sich eingesetzt und nicht nur beim Kirchenpapier und der Debatte des Abtreibungsparagraphen bewiesen, daß sie auch Courage hat. Sie versieht ihr neues Amt fast unauffällig, wenn man einmal von dem Aufsehen absieht, das sie erregte, als sie als „oberste Bergherrin“, erst wenige Wochen im Amt, eine Grubenfahrt wünschte, um sich selbst vor Ort ein Bild von dem trotz aller technischen Errungenschaften immer noch harten Beruf des Bergmanns zu machen. Ihre Entscheidungen, die sie trifft, sind begründet, aber sie betreibt damit kein Show-Geschäft. Für eine Spitzenkandidatin, wenige Monate vor den Landtagswahlen kaum begreiflich. Vielleicht aber machte gerade diese Bescheidenheit mehr Eindruck – auch auf die Wähler – als die Wechselbäder von Auftrumpfen und Anbiedern.

Erstaunlich, wie viele Posten man in der heutigen Gesellschaft auch mit bescheidenem Auftreten einnehmen kann. Sie reichen bei Liselotte Funcke von Ämtern im Landesvorstand der Jungdemokraten bis zur Mitgliedschaft im Landes- und Bundesvorstand ihrer Partei und schließen auch noch den Bezirksvorsitz in Westfalen-West mit ein. Sie umfassen neben der Mitgliedschaft im Landtag und Bundestag zahlreiche parlamentarische Ämter bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin, und sie erstrecken sich auch auf zahlreiche außerparlamentarische Bereiche bis hin zur evangelischen Kirche. Zu ihrem 60. Geburtstag stiftete Frau Funcke, die in ihrer Heimatstadt selbst vom Oberbürgermeister „unsere Bundes-Lilo“ genannt wird, ohne großes Aufheben davon zu machen, 15000 Mark für Behinderte ihrer Heimatstadt. Ein Anstoß, der auch männliche Jubilare unter den Politikern nachdenklich machen sollte.

Karl Fischer